



JUNI 2024

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Im Juni kamen laut Daten von *borderline-europe* 4241 Menschen in Italien an. Auch diesen Monat kamen die meisten Geflüchteten (72%) in Sizilien - vor allem auf Lampedusa - an. Allerdings gab es auch vermehrt Ankünfte über die ionische Route (10%) mit Abfahrtsort Türkei und Ankünften in Kalabrien. Außerdem erreichten einige Boote Sardinien.

Die italienischen Behörden retteten knapp 68% der Angekommenen nach unseren Zählungen, wohingegen die Rettungen durch NGO-Schiffe knapp 23% ausmachten. Laut den Daten von *borderline-europe* war Frontex im Juni 2024 an zwei Rettung beteiligt. 4 % der Geflüchteten erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden.

Besonders auffällig war in diesem Monat das Verhältnis zwischen den Menschen, die in Italien angekommen sind, und denen, die durch Pull-backs an der Abfahrt/Ankunft gehindert wurden. Insgesamt wurden von *borderline-europe* in diesem Monat 2080 Pullbacks gezählt, die alle nach Libyen erfolgten. Aus eigenen Zählungen liegen uns keine Zahlen für Tunesien vor, aber Tunesien selbst gibt an, in den ersten fünf Monaten in 2024 **über 30.000 Menschen** an der Abfahrt gehindert zu haben. Das zeigt, wie viel politisch dafür getan wird, Menschen davon abzuhalten, Europa zu erreichen.

WEGE NACH EUROPA

Frontex

Frontex hat eine deutliche **Ausweitung seines Einsatzbereichs** im Mittelmeer angekündigt. Die beiden Einsatzgebiete um Italien und Griechenland sind mit erheblich mehr Mitteln (zusätzliche 26,25 Millionen €) ausgestattet worden. Der italienische Frontex-Einsatzbereich wurde auf Druck von Italien von 30 Meilen vor der Küste auf 138 Meilen ausgeweitet.

Gleichzeitig hat Frontex am 20.06.24 eine lang angekündigte **Übung mit der italienischen und griechischen Küstenwache** und einigen anderen nationalen und internationalen Organisationen durchgeführt, um regionale Kooperationen und gemeinsame Rettungen in der Adria und dem Ionischen Meer zu trainieren.

Bei der Übung waren neben Frontex und den Küstenwachen die italienische Guardia di Finanza (Zoll), sieben Schiffe, zwei Flugzeuge und zwei Hubschrauber involviert. Allerdings stellt sich an dieser Stelle die Frage: Wo waren all diese Akteur*innen drei Tage zuvor? Denn am 17.06.2024 ereignete sich an genau dieser Stelle ein **dramatischer Schiffbruch** auf dem Ionischen Meer, zwischen der griechischen und der italienischen SAR (Search-and-Rescue) Zone. Nach aktuellem Stand sind dabei **41 Menschen gestorben und 24 weitere werden vermisst**. Genau eine solche Rettungsmission wäre bei diesem Schiffbruch nötig gewesen, jedoch wurde die Rettung vermutlich absichtlich verzögert. Das gibt der erhöhten Finanzierung durch EU-Gelder und der Machtausweitung einen faden Beigeschmack, wenn all die Kooperationen im Ernstfall nicht funktionieren bzw. genutzt werden (mehr dazu im 4. Kapitel).

Neue SAR- Zone in Tunesien

Tunesien hat inzwischen seine neue SAR-Zone festgelegt und veröffentlicht. Wir hatten dazu bereits in der **letzten CMI** berichtet, dass Tunesien durch die eigene SAR-Zone **mehr EU-Mittel bekommen** kann. Diese wiederum sollen dazu dienen, mehr Abfahrten von Geflüchteten zu verhindern, was **ganz im Sinne der italienischen und europäischen Politik** ist. Die SAR-Zone ist definiert als ein Verantwortungsraum, in dem der jeweilige Küstenstaat für die Koordination der Hilfe in Seenotrettungsfällen verantwortlich ist. Bisher waren vor der tunesischen Küste in internationalen Gewässern Libyen, Malta und Italien zuständig. Nun kann Tunesien in der eigenen SAR-Zone nicht nur retten, sondern auch Geflüchtete abfangen und **legal zurück nach Tunesien bringen**. Daher ist es auch wenig überraschend, dass der äußerste Rand der tunesischen SAR-Zone bis an die italienischen TTW (Territorial Waters) reicht, also 12 Seemeilen vor Lampedusa, wo die meisten Geflüchteten in Italien ankommen. **Sergio Scandura**, ein italienischer Journalist, kommentiert das zynisch und sinngemäß: Wenn sie schon dabei sind, hätten sie gleich das Saied-Regime darum bitten können, die SAR-Zone bis nach Donnalucata (sizilianisches Festland) zu verlegen, um dort noch einen Aperitif zu sich zu nehmen. Er spielt damit darauf an, dass die italienische Regierung alles tut, um die Ankunftsahlen zu reduzieren und die Errichtung der SAR-Zone definitiv politisch motiviert war.

Ähnlich politisch motiviert ist auch das Projekt des ICMPD (International Center for Migration Policy Development) und der deutschen Bundespolizei. Es geht dabei um das **Training der tunesischen Küstenwache** und wird mit 13,5 Millionen € EU-Mitteln finanziert. In der Projektbeschreibung werden dabei schöne Worte wie "beinhaltet den Menschenrechtsschutz und rechtsstaatliche Grundsätze" benutzt, doch die Realität sieht anders aus. Die **Berichte von Betroffenen**, die von der tunesischen Küstenwache bisher "gerettet" wurden, zeigen, dass von einem Schutz für Menschenrechte nicht die Rede sein kann (siehe dazu auch der **Lighthouse Report**).

Malta ignoriert Notrufe

Das Alarm Phone, eine 24- Stunden Hotline für Menschen, die sich in Seenot befinden und damit neben den Küstenwachen eine zweite Möglichkeit haben, um Hilfe zu bitten, hat den maltesischen Behörden Anfang Juni einen Notfall gemeldet. Es ging dabei um ein Boot mit 32 Personen, die sich in der maltesischen SAR-Zone befanden. Die maltesischen Behörden haben auf die **Notfallmeldung nicht reagiert** und keine Rettung eingeleitet. Das ist allerdings nicht der erste Fall, in dem die maltesischen Behörden nicht auf Notrufe reagieren und keine Rettungen einleiten. NGOs und Menschenrechtsorganisationen kritisieren dieses Vorgehen seit Jahren. Malta koordiniert immer wieder Push- und Pullbacks mit der sog. libyschen Küstenwache, aber keinerlei Rettungseinsätze. Da Libyen **kein sicherer Hafen** ist, ist dieses Vorgehen nach internationalem Recht illegal und der maltesische Premier ist deswegen auch vor dem **internationalen Strafgerichtshof** angeklagt. Doch Malta steht nicht allein da, wenn es um das Ignorieren von Notrufen und die Kooperation mit der sog. libyschen Küstenwache geht: Es handelt sich dabei um ein **strukturelles europäisches Problem**, bei dem politische Agenden über der Einhaltung und Durchsetzung von Menschenrechten stehen.

PUSH - UND PULLBACKS

Frontex vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) angeklagt

Refugees in Libya und die NGO **front-LEX** reichten eine **Klage gegen den Exekutivdirektor von Frontex**, Hans Leijtens, beim EuGH ein. Sie beantragten, die Luftüberwachung außerhalb der EU-Grenzen zu stoppen und das Senden von Geolokalisation an die sog. libysche Küstenwache zu beenden.

Zwischen 2021-2023 gab es über **2.200 Emails**, in denen Frontex die Standortdaten von Geflüchteten an Libyen weitergegeben hat, welche zu zahlreichen Pullbacks führte. Damit macht Frontex die Menschenrechtsverletzungen möglich, denen Geflüchtete in Libyen ausgesetzt sind. Dementsprechend ist nun die Klage gegen Frontex aufgrund von *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* gegen Geflüchtete anhängig.

Tunesien blockiert 30.000 Ausreisen

Tunesien brüstet sich damit, dass es allein in diesem Jahr schon **30.000 Abfahrten** von Geflüchteten nach Italien verhindert habe. Ministerpräsidentin Meloni und Innenminister Piantedosi sehen ihre Politik der Abkommen mit Tunesien als ausschlaggebenden Grund dafür und lassen sich in Italien für ihre "Erfolg" feiern, die Ankunfts zahlen im ersten Halbjahr um mehr als **60% verringert** zu haben (im Vergleich zum Vorjahr). Von den gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die sowohl die Pullbacks, als auch die grundsätzliche Situation in Tunesien und Libyen mit sich bringen, haben wir in der **letzten Ausgabe der CMI** berichtet. Und selbst Frontex ordnet diese Art von Abkommen in einem Dokument ihrer **missione Afic** (Africa-Frontex intelligence community) ungewohnt kritisch ein: Frontex selbst sagt, dass die Abkommen und die Verhinderung von Abfahrten **niemanden an der Flucht hindern** werden. Es wird lediglich zu einer Verschiebung der Migrationsrouten kommen (was man aktuell an den **Kanarischen Inseln** sehen kann). Frontex entzieht sich mit dieser Einordnung im Grunde selbst ein großes Stück der Daseinsberechtigung und lässt die gesamte italienische und europäische Migrationspolitik auflaufen. Wenn man die Frontex Argumentation, dass keine Gesetze und Abkommen Geflüchtete aufhalten werden, konsequent zu Ende denkt, bräuchten wir vielmehr einen konstruktiven Diskurs, wie sichere Fluchtwege und Bewegungsfreiheit umgesetzt werden können, um das Sterben auf der Flucht zu verhindern.

Erzwungener Pullback durch die sog. libysche Küstenwache

Am 19.06.2024 ereignete sich ein sehr gewaltvoller **Pullback durch die sogenannte libysche Küstenwache**, der von der Seabird (Aufklärungsflugzeug der Sea-Watch) dokumentiert wurde. Ca. 60 geflüchtete Menschen wurden von einem zivilen Handelsschiff in internationalen Gewässern gerettet und an Bord genommen. Die libysche Küstenwache ist mit Schnellbooten gekommen und wollte die Geflüchteten übernehmen, um sie nach Libyen zurückzuschieben. Die Crew der Seabird hat über Funk mit der Besatzung des Handelsschiffs Kontakt aufgenommen, mit dem Ziel sie davon zu überzeugen, die Geflüchteten nicht an die sog. libysche Küstenwache zu übergeben. Sie informierten die Besatzung, dass dies eine illegale Praktik sei und gegen internationales Recht verstoße, da Libyen kein **Sicherer Hafen** sei. Der Kapitän antwortete, ihm seien die Hände gebunden und er könne nicht anders, als die Geflüchteten zu übergeben. Auf der **Videoaufnahme** der Seabird kann man sehen, wie die sog. Küstenwache an Bord kommt und mit brutaler Gewalt auf die Menschen einschlägt und sie nach Libyen zurückschleppt.

Weiterer Pullback hätte verhindert werden können

Ein weiterer Pullback hätte am 20.06.2024 durch die italienischen Behörden verhindert werden können. Die Crew der Humanity I hatte bereits zwei Rettungen durchgeführt und 106 Menschen an Bord, als sie ein weiterer Notruf über das Alarm Phone erreichte. Da sie in der Nähe waren, baten sie die italienischen Behörden um Koordinierung der Rettung und hätten die Menschen zusätzlich noch mit an Bord nehmen können. **Die italienischen Behörden verzögerten den Prozess** allerdings erheblich, antworteten erst nach eineinhalb Stunden und gaben der Humanity I die Anweisung weiterzufahren. In Zwischenzeit war bereits ein Boot der sog. libyschen Küstenwache vor Ort, um die Menschen nach Libyen zurückzubringen. Die italienische Seenotkoordinierungsstelle hat somit zu verantworten, dass Menschen, die ohne große Umstände von der Humanity I hätten gerettet werden können, womöglich in libysche Folterlager zurückgebracht wurden.

TOTE & VERMISSTE

Im Juni starben nach Zählungen von *borderline-europe* 93 Personen im Mittelmeer und 28 Migrant*innen werden nach wie vor vermisst. Wie immer kann davon ausgegangen werden, dass auch hier die Dunkelziffer um einiges höher ist, da Tote nur gezählt werden, wenn eine Leiche gefunden wurde und auch Vermisste nur dann in der Statistik auftauchen, wenn sie von Angehörigen oder Mitflüchtenden als vermisst gemeldet werden. **Laut IOM** sterben täglich fünf Migrant*innen auf dem Mittelmeer oder werden vermisst.

Im Juni ereigneten sich zwei furchtbare Schiffbrüche mit zahlreichen Toten und Vermissten auf dem Ionischen Meer und auf dem Mittelmeer.

Am 17.06.2024 sank ein Segelschiff **mit 67 Menschen an Bord** ca. 120 Meilen von der kalabrischen Küste entfernt, das über das Ionische Meer auf dem Weg nach Italien war. Das Boot war einige Tage zuvor aus der Türkei aufgebrochen. Vermutlich explodierte der Motor des Bootes, weshalb es zu sinken begann. Die Küstenwache wurde durch das **Alarm Phone** bereits am Nachmittag des 16.06.2024 über den Schiffbruch informiert. Am 17.06.2024, als das Boot bereits halb gesunken war, rettete ein französisches Boot die verbleibenden 11 Überlebenden und setzte ebenfalls einen Notruf an die Küstenwache ab, woraufhin eine Rettung eingeleitet wurde. In einer offiziellen **Presseerklärung der Küstenwache** wurde zunächst angegeben, dass die Küstenwache durch das französische Boot über den Schiffbruch informiert worden sei. Die Informationen, die durch das Alarm Phone **bereits einen Tag früher** vorlagen, verschwiegen sie jedoch. Das Alarm Phone geht davon aus, dass die Küstenwache die Rettung absichtlich verzögerte. Es zeigen sich starke Parallelen zum **Fall des Unglücks von Cutro letztes Jahr**.

Die Kommunikation der Behörden ist sehr undurchsichtig, es scheint, als werden Informationen zurückgehalten. Journalist*innen müssen sich akkreditieren und **eine Art "Steuer" bezahlen**, um auf das Hafengelände zu gelangen, in dem die Leichen an Land gebracht werden. Teilweise werden Zugänge komplett **blockiert**. Zwischen der Küstenwache und der Präfektur **unterscheiden sich die veröffentlichten Zahlen** von geborgenen Leichen. Die einen sagen, es handele sich um 30 Tote, die anderen sagen, es gäbe 35. Journalistisch ist so kaum nachvollziehbar, was wirklich geschieht. Auch das Bündnis aus Linken und Grünen kritisiert dieses Vorgehen als politisches Kalkül. Es wird davon ausgegangen, dass die Regierung Meloni verhindern will, dass der Fall die **gleiche öffentliche Aufmerksamkeit** erhält wie der desaströse und vermeidbare Fall von **Cutro** letztes Jahr. Das zeigt sich auch am **konsequenten Schweigen der Regierung** zu diesen Todesfällen: es gab kein einziges Wort der Beileidsbekundung.

Wir sprechen daher an dieser Stelle explizit nicht von einem Unglück oder einer Tragödie, so wie es häufig medial benannt wird, da es ausreichend Interventionsmöglichkeiten gegeben hätte. Zunächst berichten Überlebende, dass zahlreiche **Schiffe an ihnen vorbeigefahren** seien, ohne sie zu retten oder Hilfe zu rufen. In der letzten Pressemitteilung der Küstenwache wurde bekannt gegeben, dass diese bereits **drei Tage vor der Katastrophe** von dem Boot gewusst und nicht interveniert habe. Ein weiteres Indiz, das möglichst wenig bekannt werden soll ist die Nacht- und Nebelaktion, in der die Leichen an Land gebracht wurden, ohne die Presse zu informieren. Überlebende und deren Familien wurden gezielt **räumlich voneinander entfernt** in verschiedene Krankenhäuser gebracht, um Solidarisierung zu verhindern. Dies kritisiert der Verein Memoria Mediterranea (Mem.Med), der den Angehörigen zur Seite steht und sich für die Identifizierung der Leichen einsetzt.

Nadir rettet 51 Personen - 10 Tote

Die Nadir (Resqship) **rettete am 17.06.2024 51 Personen**, deren Boot auf dem Weg nach Lampedusa Schiffbruch erlitt. Unter Deck fand die Besatzung nur noch 10 Tote und musste mit einer Axt zwei bewusstlose Überlebende aus dem sinkenden Schiff befreien. Die Sea-Watch, die den Schiffbruch zuerst mit ihrem Aufklärungsflugzeug entdeckte, versuchte im Anschluss an die Rettung ein libysches Patrouillenboot zu erreichen, um die Bergung der Verstorbenen zu koordinieren. Die libyschen Behörden waren dafür allerdings nicht erreichbar. Daher kritisiert die **Sea-Watch**: "Diese Menschen sind für sie und für die Europäische Union nichts wert, nicht einmal im Tod". Die Nadir schleppte das gesunkene Boot mit den Verstorbenen in einen Hafen, sie wurden in **Agrigento (Sizilien) beerdigt**.

ZIVILER WIDERSTAND

Im Juni gab es 22 Einsätze von Seenotrettungsorganisationen, bei denen insgesamt 990 Menschen gerettet wurden und 293 Menschen durch Seenotretter*innen unterstützt wurden, bspw. durch das Verteilen von Rettungswesten bis zum Eintreffen der Küstenwache. Die Nadir (RESQSHIP) war in diesem Monat an sechs Rettungen beteiligt und rettete insgesamt 53 Personen, unterstützte 143 Personen und barg 10 Leichen. Die Aurora (Sea-Watch) rettete 41 Personen und unterstützte 65 Personen mit Rettungswesten, bis die Küstenwache eintraf. Von der Geo Barrents (MSF) wurden in vier Einsätzen 278 Menschen gerettet und 11 Leichen geborgen. Die Humanity I (SOS Humanity) rettete 292 Personen, Mare*Go (Mare*Go) 43 Personen, die Life Support (Emergency) 47 Personen, die Ocean Viking (SOS Mediterranée) insgesamt 185 Personen, die Totamar III (CompassCollective) und die Seapunk I (Sea Punks) unterstützten in jeweils einem Einsatz und die Sea Eye 4 (Sea-Eye) rettete 51 Menschen. Diese Zahlen und Einsätze machen die Notwendigkeit der zivilen Flotte sehr deutlich.

Bei neun von 14 Rettungen durch NGOs wurden den Schiffen sehr weit entfernte Häfen zugewiesen. Sie mussten unnötig weite Wege bis **Marina di Carrara, Genua** oder **Ortona** auf sich nehmen. Daran lässt sich eindeutig politisches Kalkül ablesen, denn die Regierung will so die zivile Flotte für längere Zeit aus dem Mittelmeer fernhalten. Die Wege in die weit entfernten Häfen dauern mehrere Tage, in denen die NGOs keine weiteren Rettungen durchführen können.

DIE "GOOD NEWS"

Sea Eye 4 und Humanity I gewinnen vor Gericht

Die Festsetzung der Sea Eye 4 im März 2024 war unrechtmäßig. Das bestätigt nun das Gericht in Reggio Calabria, was ein **großer Erfolg für die Sea Eye** und die gesamte zivile Seenotrettung ist. Ihnen wurde auf Grundlage des Piantedosi Dekrets vorgeworfen, Geflüchtete an Bord genommen zu haben, obwohl die sog. libysche Küstenwache bereit gewesen sei, die Menschen aufzunehmen und sie sich den Anweisungen der sog. libyschen Küstenwache widersetzt hätten. Die NGO hätte jedoch gegen das Völkerrecht verstoßen, wenn sie die Menschen an die sog. libysche Küstenwache übergeben hätte, da Libyen kein Sicherer Hafen ist. Das Gericht sah es als **nicht erwiesen** an, dass Anweisungen der Küstenwache nicht befolgt wurden, besonders da die sog. libysche Küstenwache die Crew laut Augenzeug*innen mit Schusswaffen bedrohte.

Ähnlich begründete das Gericht in Crotone den Beschluss zur **Freisetzung der Humanity I**, die ebenfalls gegen die Festsetzung mittels des Piantedosis Dekret geklagt und in vollem Umfang Recht bekommen hatte. Das Gericht **stellt fest**: "Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die von der libyschen Küstenwache ausgeübte Tätigkeit schon aufgrund der Art und Weise, in der sie durchgeführt wurde, als Rettungsmaßnahme qualifiziert werden kann."

Sea Eye 5 kommt

Die Sea Eye verkündet, dass sie ab Sommer 2024 mit einem neuen Schiff die zivile Seenotrettung unterstützen werden. Die **Sea Eye 5** soll im zentralen Mittelmeer eingesetzt werden und eine Krankenstation an Bord haben. Der Einsatz des neuen Schiffs **gilt als Antwort** auf das aktuelle politische Klima, in dem Seenotrettung immer weiter eingeschränkt und verschärft wird.

Lieferung von Patrouillenboot nach Tunesien ausgesetzt

Einige italienische NGOs, darunter ASGI, ARCI sowie die Plattform Mediterranea Saving Humans und weitere, hatten gegen die Übersendung von Patrouillenbooten an die tunesische Regierung geklagt. Daraufhin wurde aktuell **ein Stopp verhängt**, der die Schenkung an die tunesische Regierung vorerst aussetzt. Die Aussetzung der Lieferung war zunächst ein großer Erfolg für die zivilgesellschaftlichen Organisationen und ein **deutliches Signal an die italienische Regierung**. Leider war die Freude darüber etwas verfrüht, denn der Staatsrat hat in einem **Beschluss vom 04.07.2024** den Lieferstopp wieder aufgehoben und die Lieferungen genehmigt.

Kontakt:

Sitz Palermo

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

italia@borderline-europe.de

